

Dienstag, 1. April 2008



Richard Schröder

Am 26. 12. 1943 geboren in Frohburg/Sachsen. 1962–1968 Studium der Theologie und Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Berlin. 1973–77 Pfarrer in Wiederstedt/Harz. 1977 Promotion. 1977–1990 Dozent für Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Berlin. 1990 Mitglied der frei gewählten Volkskammer und danach des Bundestages. Seit 1990 Lehrtätigkeit an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. 1991 Habilitation an der kirchlichen Hochschule Leipzig. Lehrstuhl für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie an der Theologischen Fakultät, Berlin. Seit 1993 Verfassungsrichter in Brandenburg und Präsident des Senats der Deutschen Nationalstiftung Weimar. Mitglied des Nationalen Ethikrates und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Prof. Dr. h.c. Dr. theol. habil. Richard Schröder

Humboldt-Universität zu Berlin

Lehrstuhl für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie

„Die deutsche Einheit: besser als ihr Ruf“

Umfragen im Osten belegen regelmäßig eine seltsame Diskrepanz. Befragt, wie sie ihre persönliche Lage seit der deutschen Einheit beurteilen, antworten 75 % der Ostdeutschen: „gut“ oder „kann nicht klagen“. Befragt nach der Lage in Ostdeutschland allgemein antworten wiederum etwa 75 %: „schlecht“.

Wie viele im Westen den Aufbau Ost für missraten oder gar die deutsche Einheit für gescheitert halten, weiß ich nicht. Jedenfalls haben Bücher westlicher Autoren, die das behaupten, hohe Verkaufszahlen. Ich nenne hier: Wolfgang Herles, *Wir sind kein Volk* und Uwe Müller, *Deutsche Einheit Supergau*. In beiden Büchern steht viel Unfug, mit dem ich mich in meinem Buch „Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit“ (Herder 2007) detailliert auseinandergesetzt habe. Vor lauter Jammern übersehen wir meistens, dass es bei der deutschen Einheit im Osten nicht um einen, sondern um vier Prozesse ging. Für ein gerechtes Urteil muss man sie unterscheiden, obwohl sie miteinander verschränkt sind.

1. Die Herbstrevolution von 1989. Die unvermeidliche Folge dieser Revolution war

(a) ein Elitenwechsel, der in der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März und den ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai sichtbar vollzogen wurde. Dazu mussten sich Leute finden, die ohne Vorübung politische Verantwortung übernahmen. Man hat sie vom Westen aus gern als Laienspieler betitelt und dabei offenbar übersehen, dass Politprofis nicht zu haben waren, denn die bisherigen waren in Sachen Demokratie und Marktwirtschaft auch Laienspieler, aber mit Ressentiments. Dafür gibt es einen äußerst erfreulichen Beleg. Als das Politbüro nach Honeckers Rücktritt auch Glasnost praktizieren wollte, kam es zu der glücklich verunglückten Pressekonferenz, durch die Schabowski unbeabsichtigt die Maueröffnung auslöste. Wenn heute manche beklagen, kein einziger Bundeswehrgeneral und kein einziger oberster Richter sei Ostdeutscher, so wird schlicht übersehen, dass eine Revolution stattgefunden hat. Im Osten muss sich eine neue Elite – ich verstehe darunter öffentlich sichtbare Verantwortungsträger in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – erst bilden. Der Prozess ist im Gange.

(b) Eine Revolution, das Ende einer Diktatur, stellt immer das Problem der sog. Vergangenheitsbewältigung. Täter und Opfer stehen sich gegenüber.

Und (c) löst jede Revolution unvermeidlich erhebliche Orientierungsprobleme aus. Das Bisherige gilt nicht mehr, die bisherigen Autoritäten sind diskreditiert, was gilt jetzt?

Es war eine gewaltlose Revolution und die erste erfolgreiche. Sie konnte nur erfolgreich sein, weil sie gewaltlos war. Horst Sindermann (SED), damals Volkskammerpräsident, hat resigniert festgestellt: „Auf alles waren wir vorbereitet, bloß nicht auf Kerzen.“

2. Die staatliche Vereinigung. Der Osten übernahm die politischen, sozialen, wirtschaftlichen Ordnungen der Bundesrepublik, während im Westen zunächst alles beim Alten blieb. Aber aus eigener Machtvollkommenheit konnten sich die Deutschen gar nicht vereinigen. Völkerrechtlich war nämlich der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet. Die Siegermächte hatten sich die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes vorbehalten, wie am Berlin-Status augenfällig war. Zum Jahreswechsel 89/90 hatten sich lediglich zwei europäische Regierungschefs für die deutsche Einheit ausgesprochen, nämlich der spanische und der irische. Der italienische Politiker Andreotti hatte gesagt: „Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben.“ Der französische Staatspräsident Mitterand stattete der DDR Ende Dezember demonstrativ einen Staatsbesuch ab und schloss mit der DDR ein langfristiges Handelsabkommen. Margret Thatcher berief eine Historiker-Konferenz ein und die Times beschwor die Gefahr eines „Vierten Reichs“. Von der Sowjetunion war zwar zu erwarten, dass Gorbatschow einer inneren Reform der DDR zustimmt, aber doch nicht, dass er den westlichen Vorposten des Imperiums aufgibt. Mit der staatlichen Vereinigung ist die „deutsche Frage“ gelöst und das ist gut so für alle. Seit dem 3. Oktober 1990 existiert Deutschland erstmals in seiner Geschichte in allseits anerkannten Grenzen. Wem das kein Grund zum Feiern ist, dem kann ich auch nicht helfen.

3. Die staatliche Vereinigung war nicht so einfach wie seinerzeit der Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik, denn nun war im Osten eine zweifache Transformation nötig: von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Es gibt dafür keine Vorläufer, wohl aber sozusagen Mitläufer, nämlich alle anderen ehemals sozialistischen Länder Europas. Die mussten den Prozess aber ohne Vereinigung mit einem prosperierenden westlichen Land absolvieren. Die Schmerzen waren und sind deshalb dort erheblich größer. Kein Land des „sozialistischen Lagers“ hat diese Transformation besser bewältigt als Ostdeutschland.

4. Die Transformation der DDR-Wirtschaft war aber nicht nur ein organisatorisches Problem. Das war schon groß genug. Die Betriebe mussten aus der Verflechtung mit dem Staatshaushalt und der politischen Kommandostruktur herausgelöst, in neue Rechtsformen überführt werden und sich selbst um ihre Produkte und ihren Absatz kümmern. Es musste aber außerdem ein technologischer Rückstand von zehn bis zwanzig Jahren aufgeholt werden, wie er am Vergleich von Trabant und Golf augenfällig war. Deshalb lief die Modernisierung der DDR-Wirtschaft faktisch auf eine Neugründung hinaus. Nach einer ersten Schätzung der Treuhandanstalt waren ganze zwei Prozent der DDR-Unternehmen ohne Sanierung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. 30% mussten geschlossen werden, darunter das Trabantwerk und das Wartburgwerk. Niemand wollte diese Autos mehr kaufen. Die meisten Betriebe waren also dennoch sanierungsfähig. Aber Sanieren hieß immer: die Arbeitsproduktivität erhöhen, also Arbeitskräfte entlassen (mit Abfindungen und Sozialplan, was es weiter östlich nicht gab), kräftig investieren und eine neue Produktpalette und sich selbst um Einkauf, Verkauf, Marketing kümmern. Das waren bis dahin keine Aufgaben der Betriebe. Die bekamen Material zugewiesen und mussten Stückzahlen liefern. Neue Produkte bedurften der Genehmigung und auf diesem Wege verschwanden viele gute Ideen im Papierkorb.

Die Vereinigung fand zwischen zwei sehr ungleichen Partnern statt. Und das konnte gar nicht anders ein. Ein Fünftel kam zu vier Fünfteln.

Ein Staat in Auflösung kam zu einem stabilen Staatswesen, das zwar Reformbedarf, aber keinen Revolutionsbedarf hatte. Ein Staat, dem der Staatsbankrott bevorstand, kam zu einem finanziell wohlhabenden. Für vier Fünftel blieb zunächst alles beim Alten, während sich für ein Fünftel alles änderte. Das eine Fünftel hatte jene drei Prozesse zu durchlaufen, die kein Gegenstück im Westen hatten. Diese Asymmetrien sind nicht durch Fehlentscheidungen entstanden, sondern bildeten die Exposition des Einigungsprozesses.

Und nach welchen Maßstäben können wir Erfolg und Misserfolg des Einigungsprozesses beurteilen? Ich kenne vier Maßstäbe, an denen plausibel bemessen werden kann, wie es mit der deutschen Einheit steht.

Erster Maßstab: Wie wird der Stand der deutschen Einheit von außen, also im internationalen Vergleich, beurteilt? Ein Italiener hat bemerkt, sie sei weiter fortgeschritten als die italienische. Er hat recht. Sie ist auch weiter fortgeschritten als die belgische. Es gibt in Europa hier und da separatistische Bewegungen, bloß nicht in Deutschland. Die Tschechen und Slowaken und die Völker der Sowjetunion haben die neue Freiheit dazu gebraucht, sich schiedlich-friedlich zu trennen. Wir haben uns vereinigt. Leider gibt es nach wie vor eine hohe Abwanderung, vor allem nach Süddeutschland. Die dorthin gehen, haben keine Integrationsprobleme – und übrigens: Sie fördern den Aufschwung Süd.

Zweiter Maßstab: Einheit in der deutschen Geschichte. Deutschland ist schon immer durch markante Unterschiede geprägt und hat es gelernt, mit ihnen zu leben. Da ist der uralte Unterschied zwischen dem Niederdeutschen und dem Hochdeutschen. Seit der Reformation ist Deutschland zudem konfessionell gespalten. Aber nach dem furchtbaren Dreißigjährigen Krieg hat es in Deutschland nie wieder konfessionelle Kriege gegeben. Man hat dank des Westfälischen Friedens mit den Unterschieden zu leben gelernt. Die traditionellen Unterschiede in Deutschland sind stärker nord-südlich als west-östlich ausgerichtet, übrigens auch in den neuen Bundesländern. Mecklenburg und Brandenburg waren auch früher vorrangig agrarisch und dünn besiedelt, Sachsen und Thüringen handwerklich-industriell bestimmt. Deshalb sind auch heute die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ostfriesen und Bayern größer als zwischen Thüringern und Hessen oder Schleswig-Holsteinern und Mecklenburgern. Und wenn zu DDR-Zeiten sich die Urlauberwelle aus Sachsen und Thüringen an die Ostseeküste ergoss, hieß es dort: „Hast du drei Minuten Zeit, schlage einen Sachsen breit.“

Was vom Westen aus zudem oft übersehen wird, sind die gewaltigen Unterschiede innerhalb des Ostens. Ich meine jetzt nicht die landsmannschaftlichen, sondern die posttotalitären. Es gibt hin und wieder Veranstaltungen, bei denen ehemalige Funktionäre der SED und DDR-Oppositionelle aufeinanderstoßen. Da fliegen die Fetzen. Es gibt in den östlichen Bundesländern einen tief greifenden Bevölkerungsrückgang. Er beruht allerdings nur zur Hälfte auf Abwanderung, die andere Hälfte ist Folge des Geburtenrückgangs nach 1990. Und die Abwanderung ist der Saldo viel größerer Wanderbewegungen in beide Richtungen. Von 2001 bis 2003 ist die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt durch Abwanderung um 150.000 gesunken. 862.000 sind gegangen, aber 715.000 sind von West nach Ost gekommen oder zurückgekommen. Wir vermischen uns also.

Dritter Maßstab: die anderen ehemals sozialistischen Länder. Überall war der Transformationsprozess mit schweren wirtschaftlichen Verwerfungen und hoher Arbeitslosigkeit, auch mit Abwanderung verbun-

den. Überall sitzen postkommunistische Parteien in den Parlamenten, öfter auch in Regierungen. Überall ist das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung sehr wechselhaft. Überall gibt es leider auch nationalistischen Radikalismus. Überall gibt es das Problem des Elitenwechsels, zermürbende Auseinandersetzungen um die Vergangenheit und um Eigentumsfragen. All das und mehr erscheint vielen Westdeutschen als typisch Ost, ist aber in Wahrheit typisch posttotalitär.

Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland sehr gut ab. Dank der Vereinigung konnten die Schmerzen dieses Prozesses in Ostdeutschland namentlich für die Rentner und Arbeitslosen erheblich abgefedert werden. Alle jene Länder waren mit dem Problem der hohen Staatsschulden konfrontiert. Sie haben sie durch Inflation abgebaut, was die Sparguthaben vernichtet und zu einer Phase der Altersarmut geführt hat. In Polen beträgt die Arbeitslosigkeit 18 Prozent, in Nordböhmen ebenfalls, aber Arbeitslose bekommen nur ein Jahr Unterstützung. Von allen ehemals sozialistischen Ländern hat Ostdeutschland den weitaus höchsten Lebensstandard und die beste Infrastruktur.

Vierter Maßstab ist der Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR mit unseren heutigen. Die Forderungen der ostdeutschen Demonstranten von 1989 sind erfüllt: Stasi raus, Reisefreiheit, freie Wahlen, Einheit Deutschlands. Ich nenne an erster Stelle den Freiheitsgewinn und denke dabei nicht zuerst an die Reisefreiheit, sondern an die Freiheit von der Angst vor Verhaftung. Noch im Sommer 1989 wurde von SED-Funktionären vertraulich die Warnung weitergegeben, der Platz des Himmlichen Friedens sei näher, als manche denken. Gemeint war die blutige Niederschlagung der Demonstrationen in Peking, die Egon Krenz ausdrücklich gelobt hatte. Zum 9. Oktober 89, nach der Jubelfeier des vierzigsten Jahrestages, war alles vorbereitet, um die Leipziger Montagsdemonstration gewaltsam niederzuschlagen. Die Krankenhäuser waren mit zusätzlichen Blutkonserven beliefert und das Gelände der Landwirtschaftsausstellung AGRA in Markkleeberg zur Internierung der Demonstranten vorbereitet. Es kam aber kein Einsatzbefehl aus Berlin und die Sicherheitskräfte zogen sich zurück, weil sie befürchteten, mit der unerwartet hohen Anzahl von Demonstranten nicht fertig zu werden.

Als Zweites nenne ich die Freiheit vom ideologischen Zwang. Ich denke dabei besonders an die Zeitungen, an die Museen und an die Schule, an Staatsbürgerkunde und Geschichte.

Drittens nenne ich die Freiheit zur politischen Betätigung namentlich für Christen. Als Pfarrer durfte ich in der DDR nicht einmal Mitglied im Elternbeirat werden.

Selbstverständlich behaupte ich nicht, es seien im Zuge der deutschen Einheit keine Fehler gemacht worden. Es gab ja weder Vorbilder noch Vorbereitungen für diesen einmaligen Prozess. Bei Umgestaltungen dieses Ausmaßes gibt es immer auch falsche Einzelentscheidungen. Und immer gibt es auch Betrüger und Glücksritter. Es war eine unbegründete Erwartung, dass sich 1990 in ganz Deutschland schlagartig die Moral heben werde. Ich behaupte aber, dass es für die Grundentscheidungen damals keine Alternative ohne Schmerzen oder andere Nachteile gegeben hat. Meine Fehlerliste ist nicht sehr lang.

Ich nenne fünf:

1. Es wäre besser gewesen, wenn die Bundesregierung 1990 zu einer großen kollektiven Anstrengung aufgerufen, die enormen Kosten auf den Tisch gelegt und erklärt hätte: Das wird hart, aber wir schaffen das. Die deutsche Vereinigung wurde nicht zum nationalen Projekt. Ich weiß aber, warum Helmut Kohl nicht gesagt hat: Das wird hart für alle, aber wir schaffen das. Als nämlich der Kanzlerkandidat der SPD (jetzt PDS /

Linkspartei) erklärt hat, die schnelle Einigung werde in einem finanziellen Desaster enden und deshalb werde Helmut Kohl die nächste Wahl im Dezember 1990 verlieren, hat er dafür im Westen laut Umfragen so viel Zustimmung bekommen, dass die Bundesregierung an der Belastbarkeit der westlichen Solidarität Zweifel bekam.

2. Die Lohnerhöhungen in Ostdeutschland sind zu schnell zu kräftig ausgefallen. Nun haben aber nicht die Ostdeutschen die schnelle Lohnerhöhung erzwungen. Sie wurde ihnen auf dem silbernen Tablett herübergereicht. Dabei spielte die westliche Angst vor östlicher Billiglohnkonkurrenz wohl die wichtigste Rolle. Und ein Aufbau Ost als Abbau West, Arbeitsplatzgewinn Ost als Arbeitsplatzverlust West, das hätte die westliche Volksseele zum Kochen gebracht: Die nehmen uns die Arbeit weg, wir finanzieren unseren eigenen Ruin.

3. Der Aufbau der sozialen Sicherungssysteme im Osten hätte aus Steuern statt aus Beiträgen finanziert werden müssen, da es sich um versicherungsfremde Leistungen gehandelt hat. Das hat die Lohnnebenkosten erhöht. Aber die Bundesregierung hat Steuererhöhungen aus Anlass der deutschen Einheit möglichst vermeiden wollen, aus den bekannten Gründen. Der Solidarbeitrag übrigens wird in Ost und West bezahlt.

4. Die Übernahme der westdeutschen Rechtsordnung rechne ich nicht zu den Fehlern. Aber namentlich das Verwaltungsrecht oder auch das Arbeitsrecht war in vierzig Jahren Bundesrepublik dermaßen verfeinert oder besser verkompliziert, dass es seinerzeit den Aufbau West und das Wirtschaftswunder behindert hätte, wenn es damals schon so engmaschig geknüpft gewesen wäre. Bloß: Hinter jeder zweiten Vorschrift steht eine Lobby. Und hinter manchen Vorschriften steht die EU. Wie groß die Widerstände gegen Vereinfachungen im Steuersystem oder im Gesundheitswesen in diesem Lande und vorzüglich im Westen sind, kann man täglich studieren. Die Kritik an dieser Mentalität ist immer berechtigt, es war und ist aber eine weltfremde Forderung, aus Anlass der deutschen Einheit im Jahre 1990 nicht nur den Osten, sondern auch noch den Westen umzukrempeln.

5. Es sind so gut wie keine Anstrengungen unternommen worden, den Ostdeutschen Demokratie und Marktwirtschaft zu erklären. Von den Lehrern konnte das nicht erwartet werden und von den Lokalzeitungen, den ehemaligen SED-Zeitungen, auch nicht. Überregionale Zeitungen werden bis heute im Osten kaum gelesen. Anfangs war das Interesse an solchen Erklärungen sehr groß. Da es nicht befriedigt wurde, haben sich viele ihren eigenen Reim gemacht, und sehr oft nach dem alten marxistischen Muster: hier Sozialismus, dort Kapitalismus oder – Demokratie. Das Wort „Demokratie“ wird nämlich oft als Name für die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden, wie zuvor das Wort „Sozialismus“. Das muss man berücksichtigen, wenn Umfragen interpretiert werden. Wer dem Satz „die Demokratie löst die Probleme nicht“ zustimmt, plädiert nicht für Diktatur, sondern kritisiert zumeist die hohe Arbeitslosigkeit.

Ich bin sicher: Viele werden diese Fehlerliste für viel zu kurz halten. Die Hauptfehler, werden viele sagen, kommen da gar nicht vor. Auf die Rückfrage, was denn diese Hauptfehler gewesen sind, werden viele antworten: Es muss doch jedenfalls etwas falsch gemacht worden sein, wenn der Osten immer noch so hinter dem Westen herhinkt, wenn bis

heute das „Wirtschaftswunder Ost“ ausgeblieben ist. Nach dem Krieg hat der Westen doch auch in 17 Jahren ein Wirtschaftswunder zustande gebracht!

Wenn sich Wirtschaftswunder so einfach veranstalten ließen, warum hat dann der Westen nicht eines fürs Ruhrgebiet veranstaltet? Dort gibt es regional Arbeitslosenquoten und Abwanderungszahlen von Ostniveau. Und die Transfers, z. B. der Kohlepfennig, sind gigantisch.

Ich will Ihnen sagen, was vor allem ein Wirtschaftswunder Ost verhindert hat: der Fall der Mauer und die Unregierbarkeit der DDR vom Herbst '89 an. 1945 saßen die Westdeutschen alle in einem ramponierten Land bei geschlossenen Grenzen, vom Weltmarkt abgeschirmt und vom Wohlstand Amerikas und der Schweiz auch. Die D-Mark war zunächst eine reine Binnenwährung. Und es fehlte an allen Gütern. Man musste nicht neue Produkte erfinden, sondern brauchte nur die Produktion wieder aufnehmen. 1989 fiel die Mauer zwischen einem Land mit einer hocheffektiven Wirtschaft, die nur zu 68 % ausgelastet war und ihre Produktion nur 20 % steigern musste, um die gesamte DDR mit Gütern zu versorgen – und einem Land mit ruinierten Wirtschaft, mit über 16 % verdeckter Arbeitslosigkeit, einer Arbeitsproduktivität von 30 % West und einer technologischen Differenz von ca. 20 Jahren. Wäre 1949 Württemberg mit der Schweiz vereinigt worden, hätte es in Württemberg mit Sicherheit kein Wirtschaftswunder gegeben, dafür aber Transfers und Abwanderung. 1989 gab es in der DDR kein einziges Produkt, auf das westliche Käufer scharf waren. Die Ostdeutschen aber waren ungemein scharf auf Westprodukte.

Nun gehe ich einmal einige der angeblichen Versäumnisse und Fehlentscheidungen des Einigungsprozesses durch:

1. „Weder die Politik noch die Wirtschaft haben sich auf die Einheit vorbereitet.“ Das ist richtig, war aber kein Fehler. Wieso das? Darf ich Ihnen mal „Vorbereitung auf die Einheit“ ins Parteideutsch übersetzen? Das heißt dann: „Die westdeutschen Kapitalisten und Revanchisten wollen den Sozialismus zurückrollen und die Ergebnisse des 2. Weltkriegs revidieren.“ Für Bonn galt: Was acht wissen, wissen alle. Wenn solche Pläne bekannt geworden wären, hätten sie die Entspannungspolitik torpediert und den Scharfmachern im Osten Aufwind gegeben.

Ergo: Hätte man die deutsche Einheit vorbereitet, hätte man sie mit Sicherheit verhindert. Helmut Schmidt hat 1959 ein Szenario für die Vereinigung entworfen. Es sah die Öffnung der Grenzen für Geld und Waren erst nach 5 Jahren Anpassungsreformen vor! Diese 5 Jahre gab es nicht nach dem Mauerfall.

2. Der Osten brauchte einen Wettbewerbsvorteil. 1990 lagen die Ostlöhne bei 30% West. Dabei hätte man es eine Zeit lang belassen sollen. Das hätte man machen können – bei geschlossenen Grenzen. Dann hätte man nämlich auch bei niedrigen Ostpreisen bleiben können, indem Westwaren mit Zoll belegt werden, wie das die Polen und die Tschechen gemacht haben. Dadurch gewannen sie Zeit für Umstrukturierungen. Man kann aber nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen.

In der DDR waren die sogenannten Waren des täglichen Bedarfs hoch subventioniert und die Mieten auch. Diese Subventionen mussten abgebaut werden, was auch ohne Einigung eine erhebliche Preiserhöhung bedeutet hätte.

Bei 30 % Westlohn und 100 % Westpreisen wäre die Mehrheit der Ostdeutschen unter das westliche Sozialhilfeniveau gesunken. Man hätte also fast die gesamte DDR-Bevölkerung unter die westliche Armutsgrenze gedrückt. Wissen Sie, wie in Deutschland Armut definiert wird?

Wer weniger hat als 60 % des Durchschnitts. Man weiß aber, dass Menschen abwandern, wenn sie zu Hause weniger als 70 % verdienen von dem, was sie anderswo erzielen können.

Der Westen hat die Demokratie unter Bedingungen des Wohlstands schätzen gelernt. Es ist eine kühne These, dass die Ostdeutschen sie bei rapide sinkenden Einkommen hätten schätzen gelernt.

Und noch etwas. Wäre der Osten längere Zeit Billiglohnland gewesen, wäre es zu Arbeitsplatzverlagerungen von West nach Ost gekommen. Denn man konnte ja nicht einfach die Autoproduktion verdoppeln, wer sollte die denn kaufen? Die Märkte waren gesättigt. Aufbau Ost durch Abbau West, das hätte das Klima im Westen völlig verhagelt: Die nehmen uns die Arbeit weg und wir finanzieren das auch noch.

3. Man habe versäumt, im Osten die Entstehung eines Unternehmertums zu fördern. Wenn das so einfach wäre, fördern Sie aber mal schnell ein Unternehmertum in Ostfriesland. Es gibt im Osten mehr Selbstständige als im Westen, laut statistischem Jahrbuch 2005. An Initiative fehlt es also nicht. Aber das sind größtenteils kleine oder winzige Unternehmen. Mittelständische Betriebe brauchen eine Marktlücke, das heißt Produkte, die es noch nicht gibt. Das geht langsam.

Die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft und die Einführung der Marktwirtschaft verhalten sich zueinander wie Allee abholzen und Allee anpflanzen. Erfolgreiche Unternehmer mit einem Riecher fürs Geschäft kann man nicht aus der Retorte zaubern, so wenig wie Spitzenmusiker. Nur ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung ist Spitze. Aus der DDR sind aber seit 1945 vier Millionen abgewandert, und zwar vor allem die Beweglichen und Unternehmungslustigen. Die Unternehmenslücke hat auch etwas mit einer Unternehmerlücke zu tun.

Das westliche Wirtschaftswunder wurde nachweislich auch dadurch befördert, dass massenhaft Unternehmer mit ihrem Know-how nach dem Westen gegangen sind. Wenn alle Unternehmen, die einmal von Ost nach West gegangen sind, zurückkehrten, hätten wir kein Problem mit dem Aufbau Ost, aber lange Gesichter zum Beispiel in Ingolstadt. Audi kommt aus Zwickau, unterhält aber dort heute nur ein Museum.

4. Es sei ein Fehler gewesen, die westlichen Sozialsysteme auf den Osten auszuweiten. Richtig ist daran: Wenn man das nicht getan hätte, hätte man viel Geld gespart. Man könnte auch darauf verweisen, dass die anderen sozialistischen Länder sich solche Sozialleistungen gar nicht leisten können. Aber Politik darf sich nie ausschließlich an ökonomischen Argumenten orientieren. Sie muss immer auch die mentalen Probleme berücksichtigen, jedenfalls in einer Demokratie.

Arbeitslosigkeit war in der DDR unbekannt. Es gab ja keine Arbeitsämter. Die wurden allerdings schon von der Regierung Modrow eingerichtet. Außerdem hatte die Arbeitswelt sozial einen viel höheren Stellenwert als im Westen, was wiederum mental die Arbeitslosigkeit als Schicksal verschärft hat. Die Freude über die deutsche Einheit ist für viele im Osten durch den Zusammenbruch der Ostwirtschaft geradezu verschüttet worden. Davon profitieren heute die PDS/Linke und auch die NPD. Wäre die plötzlich hereinbrechende Arbeitslosigkeit nicht finanziell abgefedert worden, wären die politischen Folgen schwer absehbar gewesen.

Lassen Sie mich noch auf die DDR-Nostalgie eingehen. Ich habe im Herbst vorigen Jahres in der Mitteldeutschen Zeitung einen Artikel veröffentlicht. Wir Ostdeutschen sollten doch einmal prüfen, ob wir wirklich durch die deutsche Einheit betrogen worden sind und ob die viel

gepriesenen Vorzüge der DDR näherer Betrachtung standhalten. Und ich habe einiges aufgezählt:

- Das zwischenmenschliche Klima soll besser gewesen sein, aber habt ihr die Angst vor den Stasispitzeln vergessen?
- Das Gesundheitswesen soll besser gewesen sein, aber warum hat sich seit 1990 im Osten die Lebenserwartung doppelt so stark erhöht wie gleichzeitig im Westen?
- Und was die sozialpolitischen Maßnahmen betrifft: Der Planungschef der DDR, Schürer, hat in einem Geheimgutachten für Krenz vom 31.10.1989 darauf verwiesen, dass sie nicht vollständig aus eigenen Mitteln finanziert worden sind und dass seit den 70er-Jahren systematisch notwendige Investitionen unterblieben sind.

Zu diesem Artikel hat es Hunderte von Leserbriefen gegeben, die meisten haben sich über ihn empört und nicht selten mich richtiggehend beschimpft.

Nun muss man bedenken, dass vor allem Rentner Leserbriefe schreiben und selten jemand einen schreibt, der zustimmt. Insofern sind Leserbriefe nicht repräsentativ. Und unter den Rentnern finden sich viele, die man der verlorenen Generation zurechnen muss. Sie haben den Neustart nicht geschafft. Und außerdem viele, die sich mit der DDR besonders identifizieren, weil sie ihr ganzes Leben mit ihr verbinden.

Diese Beiträge heben besonders hervor, dass die DDR einen schweren Anfang hatte und unter den Exportbeschränkungen des Westens zu leiden hatte. Die großartigen Visionen, Westdeutschland zu überflügeln, weil der Sozialismus siegt, sind dabei ganz vergessen. Die Treuhand erscheint als Vernichter einer blühenden Industrie zugunsten der westdeutschen Kapitalisten.

Dann gibt es den Argumentationstyp der Äquidistanz: Jedes System hat seine Vor- und Nachteile.

Einen dritten Argumentationstyp könnte man Erwartungsttäu-schung nennen. Da wird nicht der Sozialismus oder die DDR gelobt, sondern: Die wahre Demokratie haben wir jetzt ja gar nicht. Die Parteien bestimmen alles. Wir werden nicht gefragt. Unsere Argumente will niemand hören.

Einerseits spielen dabei die Vorstellungen von direkter Demokratie eine diffuse Rolle, aber ohne konkretere Vorstellung, wie das gehen soll, denn auf Landesebene sind ja im Osten Volksentscheide möglich – allerdings bisher noch nie erfolgreich gewesen mangels Zustimmung der Wähler. Andererseits spielt der Gedanke eine Rolle, dass in der wahren Demokratie immer die richtigen Entscheidungen gefällt werden müssten. Die Erwartung ist: „mein Wille geschehe“ und übersehen wird, dass das zugleich heißt: „und deiner nicht“.

Klaus Schröder von der FU und Mitarbeiter haben Jugendliche in Berlin, Brandenburg, NRW und Bayern nach ihrem DDR-Bild befragt. Das zutreffendste DDR-Bild liefern bayerische Jugendliche. Der Grund: Ihre Kenntnisse stammen fast ausschließlich aus der Schule. Zu Hause wird darüber nicht geredet. Das ist besonders in Ostberlin und Brandenburg anders. Da sagen die Älteren regelmäßig: So etwas gab es in der DDR nicht. Die Jugendlichen entnehmen dieser Bemerkung, dass das Leben in der DDR erfreulicher gewesen sein müsse als das heutige. Aber warum kam es dann 1989 zur Ausreisewelle und zu Demonstrationen? Die Jugendlichen glauben z. B. nicht, dass es in der DDR die Todesstrafe gab, dass nur halb so viele des Jahrgangs ihr Abitur machen und studieren durften oder dass die Lebenserwartung seit 1990 gestiegen ist. Nach meinem Eindruck gibt es zwei Gruppen, die weitgehend von DDR-Nostalgie frei sind, nämlich die Studenten und diejenigen, die sich wirtschaftlich selbstständig gemacht haben oder im Beruf erfolgreich sind.

Mir fällt noch eines auf. Wenn ich mich kritisch zu den DDR-Verhältnissen äußere, wie zuletzt im Streit um die Äußerungen von Ministerpräsident Böhmer über die Abtreibungspraxis in der DDR, bekomme ich regelmäßig Zuschriften des Inhalts, ich würde den Westdeutschen Munition liefern, um über die Ostdeutschen herzuziehen. Dieser Minderwertigkeitskomplex sitzt sehr tief und ist sehr alt. Das Gefühl, Deutsche zweiter Klasse zu sein, haben wir Ostdeutschen aus der DDR mitgebracht und nicht erst durch den Verwerfungs- und Einigungsprozess erworben.

Die DDR-Nostalgie profitiert nicht nur von der Regel, dass Erinnerung vergoldet, sondern auch davon, dass es in der DDR keine funktionierende Öffentlichkeit gab. Die Kriminalstatistik, die Zahl der Suizide oder der Abtreibungen waren „Geheime Verschlussache“, ebenso wie der Hitler-Stalin-Pakt, die stalinistischen Schauprozesse und die Lager, die Stasi-Methoden und vieles mehr. Die wenigsten wussten, dass der sowjetische Geheimdienst die KZs weiterbetrieben hat mit neuen Häftlingen. Was erst nach dem Ende der DDR bekannt wurde, gehört oft nicht zu der DDR, wie sie erlebt worden ist. Darin steckt ja tatsächlich eine Zumutung: Die DDR-Wirklichkeit soll in wichtigen Punkten anders gewesen sein, als ich sie erlebt habe?

Ich schließe mit drei Thesen:

1. Der Osten kann nur aufholen, wenn die Wirtschaft in ganz Deutschland prosperiert.
2. Wir dürfen uns von den derzeit erfreulichen Wirtschaftsdaten nicht blenden lassen und den Reformbedarf noch einmal verschieben oder zurückdrehen. Dass gerade mal die Steuereinnahmen sprudeln, darf kein sanftes Ruhekissen sein.
3. Die Einigungskosten sind verspätete Kriegsfolgelasten. Der Osten hat den größten Teil der Kriegsfolgelasten zu tragen gehabt, und zwar unverschuldet. ■